

TOP: 9

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Datum

Drucksache-Nr.:01-16-2018

Federführendes Amt :Hauptamt

06.03.2018

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Hauptausschuss	15.03.2018					
Stadtverordnetenversammlung	22.03.2018					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Satzung zur 2. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung zur 2. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Bürgermeister

.....
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

In der Ortsvorsteherberatung am 16.01.2018 wurde angeregt, die Pauschalen und Sitzungsgelder der Aufwandsentschädigungssatzung zu prüfen und mit anderen Städten und Gemeinden zu vergleichen. Die Gegenüberstellungen liegen in der Anlage bei.

Die Verwaltung schlägt vor, die Satzung - wie in der Anlage beigelegt - zu ändern.

Finanzielle Auswirkung**Finanzielle Auswirkungen? Ja**

Gesamtkosten der Maßnahmen: €

Jährliche Folgekosten : €

Finanzierung

Eigenanteil : €

Objektbezogene

Einnahmen (Zuschüsse): €

Haushaltsbelastung : €

jährlich :

Veranschlagung :

mit : €

Produktsachkonto :

im Ergebnishaushalt :

11101/54210000
60.000,-

im Finanzhaushalt :



.....

Satzung zur 2. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen

Auf der Grundlage der §§ 3 Abs. 1, 28 Abs. 2 Ziff. 9, 30 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14 Nr. 32) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen in ihrer Sitzung am folgende Satzung zur 2. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen beschlossen:

Artikel 1

Zum § 4 wird folgender Abs. 4 hinzugefügt:

(4) Die übrigen Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 34 €.

Artikel 2

Der § 6 Abs. 1 ändert sich wie folgt:

(1) Sitzungsgeld wird bei der Teilnahme an Sitzungen:

- | | |
|--|-------|
| a) der Stadtverordnetenversammlung je Stadtverordneter | 20 € |
| b) der Ortsbeiräte je Mitglied der Ortsbeiräte | 20 € |
| c) der Ausschüsse je Ausschussmitglied | 20 €. |

Artikel 3

Die Satzung tritt zum 01.04.2018 in Kraft.

Kremmen, d.

Sebastian Busse
Bürgermeister

Aufwandsentschädigungen

Aufwandsentschädigung	Vorsitz Gemeindevertretung	Ausschussvorsitz	Fraktionsvorsitz	Sitzungsgeld
Gemeinde Oberkrämer Einwohner: 11.295 (Stand 31.12.2016)	200 €	80 €	68 €	20 €
Gemeinde Löwenberger Land Einwohner: 8.084 (Stand 31.12.2016)				
70 €	340 €	30 € Sitzungsgeld	-	15 €
Stadt Fürstenberg Einwohner: 5.874 (Stand 31.12.2016)				
30 €	130 €	-	-	10 € Ausschussvorsitz: 15 €
Gemeinde Leegebruch Einwohner: 6.755 (Stand 31.12.2016)				
68 €	270 €		68 €	13 €
Gemeinde Birkenwerder Einwohner: 7.650 (Stand 31.12.2016)				
100 €	200 €	60 €	75 €	20 €
Stadt Kremmen Einwohner: 7.310 (Stand 31.12.2016)				
68 €	270 €	-	68 €	13 €

Mitglied Ortsbeirat	Ortsvorsteher									
	bis 500 EW	501 – 750 EW	751 – 1.000 EW	1.001 – 1.500 EW	1.501 – 2.000 EW	2.001 – 2.500 EW	2.501 – 3.000 EW	3.001 – 3.500		
Gemeinde Oberkrämer										
25 €	175 €	245 €	315 €	430 €	545 €	585 €	630 €	665 €		
Stadt Fürstenberg										
20 €	150 €	185 €	210 €							
Gemeinde Löwenberger Land										
25 €	175 €	245 €	315 €	430 €						
Gemeinde Fehrbellin (8.849 EW)										
25 €	175 €	220 €	290 €	350 €	400 €	450 €	500 €	550 €		
Gemeinde Schönwalde-Glien										
25 €	120 €	170 €	220 €	300 €	380 €	410 €	440 €	460 €		
Stadt Kremmen										
25 €	175 €	245 €	315 €	430 €	545 €	585 €	630 €	665 €		

der Vorbereitung
 Änderung
 Aufwandsent-
 schädigung.

devertretung und gebildeter Ausschüsse tätig, werden hierdurch regelmäßig keine Erstattungsansprüche ausgelöst.

Der Hessische und der Bayerische Verwaltungsgerichtshof¹ haben zudem die Auffassung vertreten, dass auch Fraktionssitzungen und Sitzungen von Teilen einer Fraktion Fahrtkostenerstattungsansprüche verursachen können. Demnach sind auch Fahrtkosten zu Fraktionssitzungen dem Grunde nach erstattungsfähig, wenn und soweit die Sitzung unmittelbar der Vorbereitung der Sitzungen und der Beschlussfassungen der Gemeindevertretung oder eines Ausschusses dienen.

Die Erstattungsfähigkeit von Reisen zu anderen Veranstaltungen, die diesem Zweck dienen, erscheint dagegen fraglich. So hat ebenfalls der Hessische Verwaltungsgerichtshof den Kostenerstattungsanspruch eines Ratsmitgliedes für eine Reise zur Einweihung von zwei öffentlichen Gebäuden abgelehnt, weil es nicht um die Teilnahme an einer Ratssitzung oder seiner Ausschüsse ging und ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Tätigkeit im Rat oder in dessen Ausschüssen oder in Fraktionsarbeitskreisen fehlte.²

b) Aufwandsentschädigung

- 55 Zur Abdeckung des mit dem Mandat verbundenen Aufwandes kann den Mitgliedern kommunaler Vertretungen gemäß § 30 Abs. 4 Satz 2 BbgKVerf als Auslagenersatz auch eine Aufwandsentschädigung gewährt werden. Die Aufwandsentschädigung ist also ein pauschalierter Auslagenersatz, der alternativ zur Einzelabrechnung nach § 30 Abs. 4 Satz 1 gewährt werden kann.
- 56 Da durch eine Entschädigung keine verdeckte Alimentation geleistet werden darf, muss die Aufwandsentschädigung auf den Nachteilsausgleich beschränkt bleiben. Demzufolge dürfen Nachteile nicht kumulativ entschädigt werden. Weder darf die Entschädigung in ihrer Höhe einer besoldungsgleichen Alimentation entsprechen noch kann neben der Entschädigung ein damit pauschal abgegoltener Aufwand nochmals ausgeglichen werden.
- 57 Die Aufwandsentschädigung soll einen pauschalierten Ersatz von Aufwendungen beinhalten, die typischerweise mit dem Mandat verbunden sind, wie z. B. zusätzlicher Bekleidungsaufwand, Kosten für Verzehr, Fachliteratur und Fernspreckgebühren sowie in einem in der Entschädigungssatzung festzulegenden Rahmen Fahrtkosten. Daneben können Sitzungsgeld, Verdienstaussfall und Reisekostenentschädigung gewährt werden.
- 58 Die Abgeltung eines Zeitaufwandes ist nicht möglich. Jedwede Abgeltung eines Zeitaufwandes im Rahmen der Aufwandsentschädigung kann zur Bewertung der Aufwandsentschädigung als Einkommen mit allen sozial- und steuerrechtlichen Konsequenzen führen.

1 VGH Hessen, Urt. v. 02.03.2007 – 8 N 2359/06; VGH Bayern, Beschl. v. 18.10.1989 – 4 N 88.2271, DVP 12/2011 521.

2 VGH Hessen, Urt. v. 17.06.2010 – 8 A 1364/09, DVP 12/2011, 520.

